Auch die „Forschungsstelle für gesamtdeutsche, wirtschaftliche und soziale Fragen“ in Berlin, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg haben alle Forschungsergebnisse von größerem Gewicht und sämtliche bedeutsamen Gutachten und Veröffentlichungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR der Leitung der Deutschen Bundesbank zugeleitet.

Die Deutsche Bundesbank hätte also bei einer sorgfältigen Verarbeitung der angebotenen Forschungsergebnisse nicht so ahnungslos sein müssen, wie sie sich dann Mitte 1991 dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen werden die zeitlose Erkenntnis Goethes kennen, die er einst seinem Sekretär und Vertrauten Eckermann in einem seiner posthum berühmt gewordenen „Gespräche“ mitgeteilt hat: „Man sagt, daß Zahlen nicht die Welt regieren, aber eines weiß ich mit Sicherheit, daß Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird“.

Die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung hat nach meiner Überzeugung jahrzehntelang trotz aller Informationssperren und trotz aller Täuschungsmanöver bewiesen, wie die SED die DDR regiert hat. Ich danke für's Zuhören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Als Statthalter der Zeit muß ich darauf hinweisen, wenn ich jetzt die Überziehungen jeweils von der Diskussionszeit abziehen würde, hätten wir nur noch gut 20 Minuten. Ich bitte aus diesem Grund, wenn wir die Überziehung nicht eskalieren lassen wollen, daß wir das durch Straffung der Fragen vielleicht versuchen auszugleichen. Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Cornelsen hat uns mitgeteilt, daß man auf die Statistik nicht hereingefallen ist. Diese Feststellung erscheint erst recht nach den anderen Vorträgen schillernd. Mich hätte von ihr interessiert (vielleicht kann uns das auch Herr Buck beantworten): An welcher Stelle würden Sie denn den Stand der DDR-Volkswirtschaft einschätzen, wenn wir davon ausgehen, daß man ja doch geglaubt hat, daß die DDR den 10. Platz in der Weltliste einnahm?

Eine zweite Frage: Es ist gesagt worden, daß Schutzmaßnahmen den Niedergang der DDR-Wirtschaft hätten verhindern können. In dem Sinne habe ich das jedenfalls verstanden. Meine Frage in dem Zusammenhang an Herrn Dr. Artzt und Herrn Professor Schneider: Hat der Gedanke unter dem Blickwinkel noch Sinn, daß am 1. Juli 1990 ziemlich abrupt die Währungsunion kam, und daß wir dann spätestens im September gemerkt haben, daß der Ostmarkt völlig abgebrochen war? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Dr. Jork, vielleicht ganz kurz in einem Stichwort, damit Frau Dr. Cornelsen gegenüber den drei anderen Angesprochenen eine gleichwertige Chance hat, die Frage noch einmal wiederholen.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Cornelsen, Sie haben gesagt, daß Sie nicht auf die Statistik hereingefallen sind. Meine Frage daher: Welchen Platz würden Sie denn der DDR-Wirtschaft in der Rangliste zubilligen? Ist Platz 10 richtig?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde vorschlagen, die Frage gleich zu beantworten, weil sie an sehr viele gerichtet war. Bitte Frau Dr. Cornelsen.

Dr. Doris Cornelsen: Ich weiß nicht, ob ich mich da mißverständlich ausgedrückt habe, jedoch würde ich der DDR-Wirtschaft unter gar keinen Umständen den 10. Platz zuweisen. Ich habe niemals irgendeine Rangfolge aufgestellt und bin auch heute nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. Ich halte das für statistisch und methodisch für so kompliziert, daß man es nicht beantworten kann. Die Tatsache, daß der 10. Platz unter den Industrienationen falsch und weitaus überschätzt ist, liegt auf der Hand.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Artzt bitte.

Dr. Matthias Artzt: Ich glaube es ging nicht um Schutzmaßnahmen der DDR, das würde wirklich die Betonung falsch akzentuieren, sondern das, was von den Wirtschaftsweisen auch im Januar 1990 vorgelegt worden ist – ich habe dies kurz zitiert und wir haben es auch mit Rüdiger Pohl im Januar diskutiert – sah vor, zunächst allmählich die DDR-Wirtschaft, sowie es auch in anderen EG-Staaten und im Saarland geschehen ist, an die Wirtschaft der Bundesrepublik heranzuführen. Die Konvertierung der DDR sollte dabei nicht 1:1, sondern sukzessive vorgenommen werden. Dies ist aber von der Politik in der Form, wie es die Wirtschaftsinstitute vorgeschlagen haben, abgelehnt worden. Diese Tatsache stand schon im Januar fest. Ich weiß nicht, ob es danach noch andere Möglichkeiten gegeben hätte. Vielleicht kann Herr Romberg da noch etwas aus den internen Zirkeln sehen. Die Menschen, für die ich spreche, haben keine Möglichkeit mehr gesehen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Schneider bitte.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Ich bin selbst Saarländer. Die DDR ist in keinster Weise mit dem Saarland vergleichbar. Es ist ein vollkommener Irrtum, wenn jemand glaubt, wir haben die Konvertibilität Ende 1957 in der Bundesrepublik durch die europäische Zahlungsunion bekommen. Das lief noch damals über die BIZ also über die Basler Bank. Ab 1958 waren dann alle diese westeuropäischen Währungen konvertibel, d. h. sie waren umtauschbar zum Dollar. Die DDR-Währung war dagegen – wie alle sozialistischen Währungen – dadurch gekennzeichnet, daß sie eine reine Binnenwährung darstellte, d. h. sie war nach außen hin nichts wert. Der Begriff Binnenwährung erscheint zum ersten Mal im Nationalsozialismus. Da trennte man den Außenmarkt vom Binnenmarkt. Nach außen hin war dies keine Konvertibilität. Diese ist zwar damals im RGW angestrebt worden, da gab es den Goldrubel usw., das waren aber alles Phantastereien. Es ist überhaupt kein Vergleich, wenn jemand sagt,

die DDR soll so rangeführt werden wie Spanien oder das Saarland. Ich muß das ablehnen. Die DDR war etwas ganz anderes: Die Kriegswirtschaft, der Nationalsozialismus ist fortgeführt worden und es ist die Devisenzwangswirtschaft zum Valutamonopol ausgebaut worden. Es erfolgte eine Absperrung der Binnenwährung mit der Außenwährung und die Außenhandelszwangswirtschaft wurde zum Außenhandelsmonopol ausgebaut. Diese Situation hat es im Saarland wie auch in Spanien nie gegeben.

Wenn ich vielleicht noch einen Satz beitragen darf, ich selbst, als Historiker, bin der Ansicht, daß nur radikale Reformen helfen. Alle Reformen, die verzögert werden versickern hier. Das heißt, es muß auf Dauer irgend etwas subventioniert werden und die Reformen gelingen nicht, d. h. auf Dauer herrscht ein Subventionsbedarf. Hier ist viel zu wenig darüber gesprochen worden, wer das ganze bezahlen soll. Es geht ja schließlich um Steuermittel. Natürlich sagt man im Nachhinein, das war determiniert.

Ich bin der Ansicht, wir hatten gar keine Optionen. Es wurde ganz kurz diskutiert über Konkurrenz, Sozialismus u. a., dann hat man die Bedeutung des Eigentums erkannt. Ich bin der Ansicht, daß die DDR einen anderen Weg gegangen ist als den, den man bisher in der deutschen Geschichte kannte. Er ist vorgegeben worden seit den 20er Jahren, und die DDR ist jetzt zurückgekehrt, jedoch gab es keine langsame Anpassung. Ich habe auch die Diskussionen am Runden Tisch verfolgt, und mir erschien das manchmal sehr abgehoben. Niemand dachte an die Finanzierung. Man hatte also fast geglaubt, daß man irgendwo lebt, wo alles von selbst finanziert wird und alles andere danach kommt. Das ist ein subjektiver Eindruck. Ich sehe die Sache anders.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich möchte bitte zur Verfahrensweise einer Anhörung etwas erklären. Die Anhörung liegt in der Hand der Kommission. D.h. Fragen stellen die Abgeordneten oder Sachverständigen. Wenn also beispielsweise der Abg. Dr. Jork wünscht, daß seine Frage auch auf die Antwort von Herrn Romberg ausgedehnt wird, dann kann er das tun, nur das Podium selbst meldet sich nur auf Anfragen eines Abgeordneten zu Wort. Wenn das anders gewünscht werden sollte, müßte das die Kommission anders beschließen. So sind nun einmal die Regeln. Das Wort hat der Abgeordnete Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): In diesem Sinne habe ich eine Bitte und zwar, daß der Vorsitzende ermöglicht, daß Frau Dr. Cornelsen, Herr Dr. Volze und, obwohl er jetzt nicht mehr im Podium sitzt, Herr Dr. Schürer kurz auf den Beitrag von Herrn Professor Schneider reagieren können. Ich denke, daß Herr Professor Schneider so befragt wurde, daß eine Reaktionsmöglichkeit bestehen sollte.

Zum Zweiten hätte ich zwei konkrete Fragen. Eine Frage möchte ich auch an Herrn Professor Schneider richten. Mir ist es in der Art der Darstellung sehr wichtig gewesen, wie Dr. Volze den Erkenntnisweg beschrieben hat, den er selber gegangen ist. Das heißt, daß er sehr genau und kritisch gefragt hat, wann

was denn eigentlich bekannt sein konnte, aufgrund von welchen Quellen. Jeder, der sich einmal mit eigenen Haltungen in der Vergangenheit beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, genau zu rekonstruieren, wann welche Erkenntnis da war. Meine Frage an Sie ist, ob Sie sich vor 1989 mit der DDR-Forschung beschäftigt haben, ob Sie da zu anderen Ergebnissen gekommen sind als diejenigen, die sie angefragt haben, und ob dieser Streit schon damals lief?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Romberg. Ich erinnere an einige Beiträge vorher, als es in der Runde heute Vormittag um die Frage der Märkte im Osten ging und die Rede davon war, daß manche glaubten, es wäre nicht vorhersehbar gewesen, daß diese Märkte zusammenbrechen. Heute Vormittag wurde schon deutlich herausgestellt, daß diese Tatsache natürlich klar vorhersehbar war. Ich konstatiere einmal, auch wir in der DDR-Regierung haben das damals schon vor dem 2. Juli 1990 gewußt. Ich habe damals z. B. als Außenminister eine Tagung mit Vertretern verschiedener Länder Ende Juni 1990 organisiert, bei der wir über solche Fragen, und wie der Handel weiter zu stützen wäre und dann gestaltet werden könnte, diskutiert haben. Ich möchte Herrn Dr. Romberg bitten, vielleicht kurz darzustellen, welche Rolle diese Fragestellungen in den Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister gespielt haben. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Auch das ist wieder sehr komplex gewesen. So, lieber Herr Markus Meckel, ist die Verfahrensweise in Ordnung. Es haben also nacheinander die Genannten das Wort. Frau Cornelsen bitte.

Dr. Doris Cornelsen: Ich hatte ja schon vorhin, lieber Herr Schneider, darüber etwas Klage geführt, daß Sie in Ihrem Bericht, den ich gedruckt vorliegen habe, so taten, als hätten wir irgendwelche alten Zahlen falsch fortgeschrieben. In den Materialien 1987 haben wir eine ganz grundlegende neue Art der Berechnung durchgeführt, mit Ausnutzung aller Quellen. Das Ergebnis war erheblich niedriger als vorher. Sie haben dann noch andere Rechnungen zitiert. Ich habe das in den Materialien übrigens auch gemacht. Verglichen mit internationalen Veröffentlichungen über das Leistungsniveau der DDR. Da lagen wir mit unseren 50 % irgendwo in der Mitte. Das Ganze ist wegen der Quellenlage und Methode relativ schwer, und man muß auch immer wissen, wie so etwas gemacht worden ist.

Ich möchte noch einmal anmerken, daß wir bloß die Güterproduktion einbezogen haben und nicht die Dienstleistungen, also so eine Art Sozialproduktkonzept, was an den östlichen „material product system“ anschließt. Methodisch noch schwieriger wäre es gewesen, die Dienstleistungen miteinzubeziehen. Hätte man die Dienstleistungen mithineingenommen – die in der DDR sowohl im Staatsbereich als auch in der privaten Wirtschaft nicht sehr hoch entwickelt gewesen waren – wäre das Ergebnis sicher niedriger als 50 % gewesen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich bedaure, ich kann zu diesem Thema der Arbeitsproduktivität wirklich nichts aus eigner Kenntnis beitragen. Ich habe mich mit diesen Fragen wissenschaftlich nicht beschäftigt.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Auch wenn es ein Grenzfall der Geschäftsordnung ist, Herr Dr. Schürer bitte.

Dr. Gerhard Schürer: Ich habe in meinen Darlegungen schon ausgeführt, daß ich mich mit diesen neuen Berechnungen von Herrn Professor Dr. Schneider beschäftigen werde. Es betrifft die Statistik jedoch nicht die Planung. Die Statistik unterstand mir ja nie. Bei uns ging es um das Prinzip: die Statistik darf nie dem Vorsitzenden der Plankommission unterstellt werden. Insofern war das günstig. Daß die Unterstellung unter Mittag noch schlechter war, daran hat vielleicht damals keiner gedacht, aber auf jeden Fall ist das Fakt.

Ich glaube aber, Herr Professor Schneider, bei allen ernsthaften Überlegungen müßte man einmal die Leute der Statistik mit einbeziehen, insbesondere die, die das Jahrbuch 1990 erstellt haben**.** Durch diese wurden ja Fakten korrigiert, die politisch hineingetragen wurden. Nach den von Ihnen vorgestellten Produktivitätsvergleichen der beiden Staaten sowie der Fälschung zur Produktionsentwicklung in der DDR, klaffte der Abstand zwischen der DDR und der Bundesrepublik in der Produktivität immer weiter auseinander. Sie waren im vorletzten Satz bei 20 % angelangt und im letzten Satz, den habe ich nicht genau verstanden, da war überhaupt nichts mehr an Produktivitätssteigerung in der DDR vorhanden. Und ich muß Ihnen sagen, diese Darstellung liegt so weit ab von der Realität, daß ich zunächst einmal meine Bedenken dahingehend äußern muß, daß man diese unrealistischen Statements nicht zu Unterlagen in der Kommission machen darf. Noch nicht einmal bei den 8 Milliarden Ausrüstungsimporten – von den 20 Milliarden Importüberschuß waren 8 Milliarden Ausrüstungsimporte, aus der Bundesrepublik, aus Japan, aus westlichen industriellen Ländern – weisen Sie eine Steigerung der Arbeitsproduktivität nach. Sie werden uns doch nicht solche Ausrüstungen verkauft haben, die keine Produktivität gebracht hätten? Diese Art der Darstellung ist – meiner Ansicht nach – überzogen, das ist nicht die Wahrheit. Ich wäre dafür, daß man diese Tatsachen mit den dafür zuständigen Leuten diskutiert. Die gibt es alle noch, zu nennen wäre z. B. Professor Donda, der das Staatliche Amt für Statistik geleitet hat. Man könnte weiterhin Kontakt zu den Menschen aufnehmen, die ins Statistische Bundesamt übernommen worden sind, die dort auch gearbeitet haben, und die Statistik gemacht haben. Diesen Komplex muß man näher untersuchen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Danke. Herr Professor Schneider bitte.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Die Erkenntnisse hatte ich vor 1989 nicht. Ich beschäftige mich jetzt etwa seit 10 Jahren mit der DDR und habe jetzt einfach

diese Zahlen, die ich vorgefunden habe, addiert. Ich hatte ein ganz starkes Gefühl der Irritation, weil ich gesehen habe, daß, was hier an Zahlen angegeben wird, nicht mit dem übereinstimmt, was ich in Archiven gefunden hatte. Es ist kein Vorwurf gegen Frau Dr. Cornelsen, sondern ich bin der Ansicht, daß diese Ausgangswerte, die damals, als Bruno Gleitze gearbeitet hat, viel zu hoch angesetzt waren, fortgeschrieben worden sind. Ende dieses Jahres wird das Buch von Herrn Dr. Schwarzer erscheinen. Herr Dr. Schürer, Sie können das empirisch nachprüfen und bis ins letzte Detail nachprüfen.

Wenn Sie betonen, Herr Dr. Schürer, daß Technologie importiert worden ist, muß ich dagegen halten, daß dies in sehr begrenztem Maße geschehen ist. Die Importe haben auch zu Fehlinvestitionen in unglaublichem Maße geführt, das ist ja heute hier auch angesprochen worden. Wenn Technologie importiert wurde, hat ja alles andere nebenbei gefehlt. Sie wissen selbst, daß, was der Herr Mittag geschrieben hat, eine Fehlinvestition in Höhe von 12 Milliarden Mark, wo alles andere nicht stimmte. Es gab keine ausgewogene Entwicklung in der DDR, weil der technische Fortschritt von außen aufgepfropft werden mußte. Ein Großteil der Kredite ist andererseits in der DDR konsumtiv untergegangen.

Dr. Gerhard Schürer: Ich will wenigstens noch einen Fakt beitragen. Es ist ja Tatsache, daß die DDR 1989 oder 1988 gegen Valutamark 12 Milliarden Erzeugnisse in die westlichen Industrieländer exportiert hat und daß die jährlich gestiegen sind. Nicht nur die Billigexporte, die Sie zu Recht kritisieren –Dumpingpreise hat vorhin jemand gesagt –, sondern auch richtige Industrieware aus der DDR: Offsetmaschinen und alle Arten von Maschinen. Auf dem Gebiet der Elektronik haben wir dagegen kaum exportieren können, weil wir da einfach nicht an der Weltspitze lagen. Man nahm uns noch nicht einmal die Werkzeugmaschinen mit unserer Steuerung ab. Die Steuerung mußten wir in westlichen Ländern zukaufen.

Aber Fakt ist doch, daß es diese Wachstumsraten im realen Export, im Export in die UdSSR gab, das war doch Ware, das war doch nicht nur irgendeine fiktive Kennziffer. Die DDR mußte ja ihre Leistungen in der Produktivitätssteigerung gehabt haben. Ich finde es nicht richtig, bei ihrer Abbildung des Produktivitätsvergleichs der beiden deutschen Staaten ein Bild zu zeichnen, wo die Produktivität sogar in den Jahren 1972-1978, wo wir eigentlich am meisten Technik importiert haben, in den Keller geht. Ich kann das nicht glauben, es tut mir leid.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich muß wieder eine Zwischenbemerkung machen. Ich werde ab jetzt die Geschäftsordnung gnadenlos durchsetzen. Denn es ist so, daß die Kommission am Ende befinden muß, ob eine Anhörung noch Fragen offen gelassen hat, und dann können wir als Kommission entscheiden, ob wir ggf. noch eine Anhörung und mit welcher Richtung machen. Aber eine Anhörung darf nicht aus dem Ruder laufen, darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Bisher war ich charmant, ich werde ab jetzt uncharmant sein. Es hat das Wort Herr Dr. Romberg.

Dr. Walter Romberg: Danke sehr. Ein entscheidender Schub für Veränderungen des osteuropäischen Wirtschaftsgefüges, und damit also auch der Außenhandelsbeziehungen, war die Entscheidung im Januar 1990, daß man zu Welthandelspreisen übergehen wollte und auch auf dieser Basis den Austausch organisieren wollte. Man kann darüber streiten, wie weit das vernünftig war. Aber die Folgen dieser Entscheidung waren am Horizont und das heißt, es war klar, daß auch für die DDR und dann später für die neuen Bundesländer neue Verhältnisse entstehen würden. Ich bin heute früh nicht dabei gewesen, ich weiß also nicht, was im einzelnen gesagt worden ist. Die Regierung de Maizière hat sich jedenfalls sehr bemüht, die Wirtschaftsbeziehungen in die Sowjetunion, soweit es im Rahmen von Regierungsabkommen lag, fortzuführen. Weiterhin wurde versucht, finanzielle Unterstützung zu bekommen, soweit das von der westdeutschen Seite notwendig war. Ich kann im einzelnen nicht angeben in welchem Maße hier Dinge erfüllt wurden oder noch mehr hätten erfüllt werden können. Sicher ist aber, daß das Abbrechen der Märkte im Osten auch in diesem Umfang eine Reaktion darauf war, so nehme ich es jedenfalls wahr, daß sich die westdeutsche Wirtschaft vornehmlich dann in Ostdeutschland engagiert hat und ihre Strategien für die Eroberung neuer Märkte durch Exporte erst einmal auf die DDR konzentriert hat. Dadurch sind sicher auch Chancen verloren gegangen. Allerdings ist in den letzten zwei Jahren eine Umkehrung entstanden, d. h. die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Nachbarstaaten insbesondere in Mittel- Osteuropa haben gewaltig zugenommen, allerdings in einer Struktur, die vor allen Dingen den westdeutschen Bundesländern zugute gekommen ist und erst langsam auch eine Erholung für die neuen Bundesländer mit sich bringt.

Ein anderer Punkt, den man für 1990 sicher auch noch hervorheben muß, ist der, daß sich die deutsche Wirtschaft sehr schwer getan hat, auch ungewöhnliche Austauschmethoden, z. B. den Barter-Handel in Richtung Osten weiter auszubauen, und die Exportstützung ist auch erst 1992 in Richtung der russischen Föderation und den GUS-Staaten stärker zum Zuge gekommen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Wir haben jetzt noch sieben Wortmeldungen. Wenn ich mich einer Hochrechnung befleißigen würde und zwei bisher getätigte Wortmeldungen zugrunde legen würde, käme ich auf 95 Minuten, die uns noch bevorstehen. Das ist schlicht und ergreifend nicht machbar. Ich hatte ja schon uncharmante Züge versprochen. Deswegen meine erste Frage. Kann es bei diesen sieben Wortmeldungen bleiben? Ich sehe keinen Widerspruch, also ist es das Ende der Liste der Wortmeldungen. Zweitens bitte ich aus dem selben Grunde, daß sich die Fragesteller bemühen, nicht alle Mitglieder des Podiums mit einer Frage anzusprechen, und ich bitte ebenso die Mitglieder des Podiums, daraus keine Koreferate zu machen. Ich danke Ihnen, jetzt hat Herr Dr. Elm das Wort .

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich beschränke mich auf eine Frage, die ich an Herrn Dr. Buck und Frau Dr. Cornelsen richte. Ich setze voraus, daß ich von einer gewissen Kommunikation im Rahmen der Ostforschung im weiten Sinn

ausgehe. Meine Frage geht dahin, ob die kritischen Feststellungen zur DDR-Forschung der 70er und 80er Jahre, ob die vergleichsweise auch anzuwenden sind, z. B. für die Ostforschung bezogen auf die UdSSR oder auf andere realsozialistische Staaten, Herrschaftssysteme, wie Polen, Tschechoslowakei. Kann man auch sagen, daß sich die DDR- und UdSSR-Forschung in anderen Ländern, beispielsweise in den Vereinigten Staaten, vor der ähnlichen selbstkritischen Bilanz ihrer Arbeiten sieht, wie das hier teilweise für die DDR-Forschung festgestellt wird?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Im Sinne einer von mir angedrohten Straffung würde ich jetzt bitten, daß zwei weitere Kollegen, Herr Spiller und Herr Prof. Burrichter ihre Fragen stellen.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Zunächst eine Frage an Herrn Dr. Volze. Sind Sie, als langgedienter Beamter und Kenner Bonner Ministerialbürokratie, der Auffassung, daß im Jahre 1989 wirklich in den einschlägigen Ministerien eine illusionäre Vorstellung über die Wirtschaftskraft der DDR vorhanden war? Oder würden Sie meine Einschätzung teilen, daß bei denen, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, eine relativ realistische Einschätzung vorherrschte, und die auch an die politische Führung weitergegeben wurde, aber aus nachvollziehbaren Gründen, wie ich finde, kein Entscheidungskriterium für die Frage der Wiedervereinigung sein konnte?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Schneider. Sie sagten, Sie beschäftigen sich seit etwa 10 Jahren mit der DDR. Wie war denn im Jahr 1989 Ihre Einschätzung über die Wirtschaftskraft der DDR? Hatten Sie etwa die Vorstellung, Sie müßten vor der Wiedervereinigung oder der Form der Wiedervereinigung warnen? Oder erhoben Sie etwa den Vorwurf gegenüber der Bundesregierung, daß sie die finanziellen Folgen verniedlichen würde?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Professor Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Meine Frage an Sie, Frau Dr. Cornelsen: Sie haben das Szenario der Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der DDR beschäftigten, eben sehr vielfältig skizziert. Sie zeigten auf, daß es neben dem DIW noch Herrn Thalheim gab, Herrn Förster, Herrn Gutmann und früher Herrn Hänsel. Stimmen Sie mit mir darin überein, daß wir innerhalb dieser Disziplin, wie es sich für eine Wissenschaft im demokratischen Staat gehört, eine plurale Situation hatten? Und stimmen Sie weiter mit mir darin überein, daß dies nicht nur für die Wirtschaftswissenschaftler innerhalb der DDR-Forschung galt, sondern insgesamt für die DDR-Forschung der alten Bundesrepublik? Wenn dies der Fall ist, dann halte ich die pauschale Rede von der DDR-Forschung schlechterdings für hinterfragbar, wenn man sich nicht dem Vorwurf der Polemik aussetzen will.

Von dieser Position eine Frage an Sie, Herr Schneider. Wir haben als Thema heute, „Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“.

Da Sie nun seit geraumer Zeit auf dem Sektor arbeiten, würde ich Sie doch bitten, noch nachzureichen, nachdem Sie Ihr Statement wesentlich auf das DIW konzentriert haben, wie denn andere Wirtschaftswissenschaftler innerhalb der DDR-Forschung ihre Wahrnehmung publiziert und ihre Analysen vorgestellt haben.

Und noch eine dritte Frage an Herrn Buck. Herr Buck, Sie haben für mich in überzeugender Weise diese schizophrene Situation in der DDR – auf der einen Seite Innovationsfeindlichkeit, auf der anderen Seite aber eine frappierende Wissenschaftsgläubigkeit – dargestellt. Um den Dingen wirklich tiefer auf den Grund zu kommen, wäre zu fragen, wie hält ein System einen solchen offensichtlichen Grundwiderspruch eigentlich aus?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Ich erteile jedem der Angesprochen genau einmal das Wort. Also müßten alle Fragen beantwortet werden, die an den jeweiligen gerichtet wurden. Zunächst hat Herr Dr. Buck das Wort.

Dr. Hansjörg Buck: Ich bin gefragt worden, wie denn die Ostforschung oder die Forschung, die sich mit den Zentralplanwirtschaften sowjetischen Typs im RGW beschäftigte, die wirtschaftliche Situation anderer Staaten neben der DDR beurteilt hat, und ob es dort auch Kontroversen über die Leistungsfähigkeit dieser Volkswirtschaften unter den Forschern gab, die sich mit dem Thema beschäftigten. Ich bin kein Experte für die Wirtschaft der UdSSR. Ich weiß nur, daß z. B. über die Effizienz der Instrumente der Wirtschaftspolitik oder die Möglichkeit, ob mit bestimmten Reformen des Wirtschaftssystems eine höhere Rationalität der Wirtschaftslenkung in diesen Staaten UdSSR oder Ungarn und woanders erreicht werden kann, daß es dort unter den jeweiligen Forschern Kontroversen gegeben hat. Allerdings muß ich betonen, daß es diese Kontroversen nur innerhalb einer bestimmten Breite gab. Es hat niemals Extrempositionen gegeben, daß irgendein Wissenschaftler z. B. das Wirtschaftssystem sowjetischen Typs in der UdSSR oder in der DDR unter den obwaltenden politischen Verhältnissen für tatsächlich reformfähig gehalten hat.

Und noch eine Bemerkung. Ein Wirtschaftswissenschaftler, wie jeder Wissenschaftler auch, versucht seine Forschungen danach auszurichten, die Wahrheit herauszufinden, und das bedingt von vornherein eine Pluralität. Mit dem DIW und mit Frau Dr. Cornelsen habe ich ausgehend von meinen Anschauungen und meinen Forschungsergebnissen gut 15 Jahre die Klingen gekreuzt. Ich fand das eine recht produktive Konkurrenz unter DDR-Forschern.

Herr Dr. Burrichter hat gefragt, wie ein System diesen Grundwiderspruch zwischen einer propagierten Wissenschaftsgläubigkeit und gleichzeitig einer enormen Innovationsfeindlichkeit durch Aufbau einer gewaltigen Menge von Hemmnissen für Neuerungen aushält. Es ist eine sehr schwierige Frage. Ich würde sagen, die Wissenschaftsgläubigkeit äußerte sich im Grunde nur noch in verbalen Bekundungen. Aber eine Wissenschaftspolitik, die sozusagen die Schleusen öffnete, um eine höhere Innovationsergiebigkeit in der DDR durch-

zusetzen, diese praktisch notwendige Politik der Innovationsförderung durch Freigabe von Spielräumen und Freiheitsräumen, die hat es nicht gegeben. Insbesondere nicht dadurch, daß sich die DDR der internationalen Wissenschaftskonkurrenz geöffnet hat, denn Sie blieb ein „closed shop“ bis zu ihrem Untergang.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Das Wort hat Frau Dr. Cornelsen.

Dr. Doris Cornelsen: Ich kann zum Teil an das anschließen, was Herr Buck eben gesagt hat. Zunächst einmal zur Frage von Herrn Dr. Elm über die Ostforschung. Es wäre natürlich besser, wenn man da jemanden aus einem Institut hätte, das sich nur mit Ostforschung beschäftigt hat. Bei uns ging es ja immer um die DDR. Ich erinnere mich aber sehr gut daran, daß allgemein die Meinung vorherrschte, daß diese RGW-Länder eigentlich in zwei Teile zu teilen waren: Eine obere Gruppe bildete die DDR, Ungarn, CSSR und Polen und eine nachgeordnete Gruppe bildete die Sowjetunion, Bulgarien und Rumänien. Die Forschungsinstitute waren sich einigermaßen einig, daß die DDR zur Spitzengruppe gehörte. Diese Tatsache war für die DDR positiv und negativ. Positiv, weil sie eben besser war. Negativ, weil die DDR in einen großen Wirtschaftsraum eingebunden war, der keine Anforderungen an sie stellte. Sie konnte in die Sowjetunion also praktisch alles verkaufen, d. h. Produkte von mittlerer Art und Güte, die im Westen nicht abzusetzen waren.

Zur zweiten Frage von Herrn Burrichter: Sie haben das so interpretiert, wie ich es auch gemeint habe. Ich empfand die DDR-Forschung in der Bundesrepublik, trotz einem deutlichen Pluralismus in den Auffassungen, als eine sehr anregende Forschergruppe. Die Tagungen der Forschungsstelle in Berlin, die Jahrestagungen gaben eine Fülle von Anregungen. Das war eine sehr gute Sache. Wir haben da zwar auch Differenzen gehabt, aber im Grunde waren das Differenzen, aus denen man nur lernen konnte.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich würde Ihre Frage, Herr Spiller, mit einem uneingeschränkten Ja beantworten. Unter den Beamten in Bonn, die sich vor 1989 oder bis 1989 mit der DDR intensiver beschäftigt hatten – die waren ja in allen Ministerien – wußten viele eigentlich ganz gut Bescheid. Sie waren in keiner Weise sehr optimistisch, was die Wirtschaftskraft, den Zustand der DDR anging. Aber es trat dann natürlich im Jahre 1990 ein gewisser Verdrängungsvorgang ein, denn je mehr sich die Vereinigung abzeichnete, drängten die „frischen Leute“ aus den Fachabteilungen nach. Diese hatten von der DDR wenig Ahnung, und der Sachverstand der alten DDR-Fahrensleute, die dann auch so ein bißchen in Kollaborationsverdacht gerieten, kam nicht mehr zum Zuge. Es gab auch Ausnahmen, z. B. im Wirtschaftsministerium. Aber in vielen anderen Bereichen, auch bei der Bundesbank, ist das so gewesen. Und deswegen ist die Aussage schon richtig, daß die Leitungen im weiteren Prozeß vielleicht nicht

mehr so ganz richtig unterrichtet und zu optimistisch waren oder die wirtschaftlichen Kriterien nicht ernst nahmen. Ich stimme Ihnen zu, daß der Zustand der DDR-Wirtschaft sicher kein Entscheidungskriterium war. Das war die Wahrnehmung einer politischen Chance, und an die wirtschaftlichen Prozesse hat man dann nicht gedacht.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Schneider bitte.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Herr Burrichter, es sind m.E. zwei Probleme. Es heißt „Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in Ost und West". Kenntnisstand, das ist eine Sache der Forschungsinstitute und bei der gegenseitigen Wahrnehmung geht es um die Beantwortung, wer hat was wahrgenommen. Ich habe mir bei diesem Thema überlegt, wie greife ich das überhaupt an. Dann bin ich darauf gekommen: Ich untersuche die Bundesbank, das Institut für Weltwirtschaft und die Forschungsinstitute. Ich muß konstatieren, daß ungefähr ein gewisser Konsens in dieser gesamten Forschung vorhanden war.

Sie haben gefragt, wie war die Wirtschaftskraft 1989. Da habe ich die Wirtschaftskraft genauso eingeschätzt wie die Forschungsinstitute es taten. Danach war mein persönlicher Eindruck, daß mit einem etwas zu optimistischen Bild gehandelt worden ist, und da bin ich dieser Fragestellung nachgegangen. Mein allererster Eindruck war, daß die Bundesregierung ein bißchen der Auffassung war, das sei so eine Sache wie in der Weltwirtschaftskrise, wenn man Kapital reinpumpt, dann läuft die Sache. Was alles zerstört war, ist uns allmählich erst bewußt geworden. Und das war m.E. niemand anderem bewußt.

Selbst wenn ich, Herr Burrichter, auch weiter die anderen Forschungsinstitute erwähne, entscheidend ist das, was auch Herr Dr. Buck gesagt hat, nämlich die Frage: Über welche Kenntnisse verfügte die Bundesbank?

Die Bundesbank hat sich sehr wahrscheinlich mit der DDR sehr wenig beschäftigt. Statt dessen hatte sie in der EU Probleme mit dem Europäischen Währungssystem etc. Seit dieser Zeit stand die DDR im Mittelpunkt, und die Bundesregierung mußte rasch handeln, und meine Ansicht war im Nachhinein, daß auch diese Erkenntnisse aus den Forschungsinstituten nicht mehr den Wert hatten, sondern man hat andere Leute aus den Abteilungen herangezogen, die den Vorteil hatten, daß sie unbeleckt waren, also keine Hypotheken aus der Vergangenheit auf sich luden, sondern sie haben die Sache sehr nüchtern gesehen. Lernprozesse haben dann stattgefunden. Das ist mein persönlicher Eindruck.

Wenn ich mich über das DIW äußerte, habe ich auch nie Frau Dr. Cornelsen herausgestellt, sondern ich habe das quellenbezogen geäußert und ich darf es nochmals betonen, m.E. liegt der Fehler hier nicht in den Forschungsinstituten, sondern es wurde damals 1952 im Forschungsbeirat ein Fehler gemacht. Bei mir läuft im Augenblick eine Dissertation über Gleitze. Es ist ganz seltsam: Das, was Gleitze damals herausgearbeitet hat, stimmt eigentlich nicht mit dem

überein, wo er die Schlüsse gezogen hat. Und da haben wir neue Berechnungen angestellt, die auf 20 % führen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Die letzten drei Fragesteller. Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich denke, die Anhörung in den letzten zwei Stunden hat sehr deutlich gemacht, daß wir uns des Paradigmawechsels unserer Diskussion sehr bewußt sein müssen. Der Paradigmawechsel heißt: Warum hat die westdeutsche DDR-Forschung keine realen Einschätzungen der Lage der DDR gehabt und warum hatte sie keine realistischen Konzepte für die Transformation? Das ist sozusagen so eine Achse unserer Diskussion, und so wie unsere Anhörung angelegt ist, kann es auch gar nicht anders sein, und da muß ich einfach sagen, da hat Herr Volze uns noch einmal einen wirklich wichtigen Fingerzeig gegeben, daß vor dem Fall der Mauer diese Fragestellung für die wissenschaftlichen Forschungsinstitute überhaupt nicht bestand. Wirtschaftswissenschaftler denken ja immer mit der ceteris paribus Formel: Das sind die im Blick auf die politischen Rahmenbedingungen, „das muß uns nicht so sonderlich interessieren".

Ich finde das Beispiel von Herrn Buck über die Frage des Kenntnisstandes der Bundesbank sehr schlagend.

Meine erste Frage geht an den Wirtschaftshistoriker Herrn Schneider. Wie weit hat sich aus Ihrer Sicht die Entwicklung in der DDR oder SBZ/DDR und die westdeutsche Entwicklung in der Wahrnehmung der Wirtschaft auseinanderentwickelt? Ich habe die Vermutung, daß innerhalb der beteiligten Zünfte der Kreis der Wissenschaftler, die sich mit der DDR beschäftigten, den Exotenstatus am Ende der Bundesrepublik angenommen hatten und das führt mich noch einmal zu einer Frage an Herrn Volze, die er teilweise schon beantwortet hat, also ich möchte es noch einmal ganz präzise haben.

Sie haben im Grunde sehr plastisch beschrieben, wie Sie mit Wirtschaftsinformationen aus der DDR umgegangen sind. Wo haben wir Ansatzpunkte, um menschliche Erleichterungen mit der DDR durchzuverhandeln? Wo gibt es Probleme, auf die wir uns einstellen müssen? Von Wiedervereinigung war das alles meilenweit entfernt. Wir hatten ja die Ostverträge gemacht, und bis zu den 10 Punkten des Bundeskanzlers 1989 hat sich jede Bundesregierung, so haben Sie es auch ausgeführt, der Einmischung enthalten. Und dieses Problem, denke ich mir, müssen wir auch noch einmal in den Blick nehmen, um dieser Aussage von Herrn Buck über die Bundesbank Ausdruck zu verleihen. Herr Schneider hat es schon halb beantwortet. Waren die DDR-Probleme, die DDR-Interna für die Bundesbank überhaupt vor dem 9. November 1989 relevant?. Das war doch eine abseitige Frage!

Jetzt komme ich zu meiner Frage an Frau Cornelsen. Ich finde es relativ müßig, nach 1989 die Schlachten von gestern zu schlagen in dem Sinne, wo haben wir uns geirrt. Ich denke da einfach nur, Herr Buck hat seine Beispiele genannt, und ich will zusätzlich Frau Haendcke-Hoppe hier noch einmal durch

ein Beispiel zu Wort kommen lassen. Sie hat 1981 die Folgen der sowjetischen Erdölverknappung für die DDR im Westen präzise beschrieben. Auch hier die Frage, hätte vielleicht die westdeutsche Nahostpolitik interessiert, denn anschließend hat die DDR an Iran, Irak mehr Waffen verkauft, um Öl für die DDR heranzuschaffen, aber für die wirtschafts-wissenschaftliche DDR-Betrachtung war das nicht so wichtig.

Frau Cornelsen, ich habe zwei Punkte, die für mich eine Rolle spielen. Der eine ist, ich gehörte zu den DDR-Forschern, die sich den Luxus erlaubt haben, weiterhin stur darauf zu pochen, daß die DDR zu verschwinden hat. Ich wollte dies auch, und intentional habe ich das auch mit meiner Unterstützung der DDR-Opposition bewiesen. Das hat zur Folge gehabt, daß ich ein wohlbegründetes Einreiseverbot bekam. Sie haben uns gerade beschrieben, wie Sie sozusagen für Warengruppen in der DDR Preise ermittelt haben. Hat das Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik für Sie keine Bedeutung gehabt, insbesondere der Abschnitt, in dem vermerkt ist, daß die Sammlung von Nachrichten, die nicht der Geheimhaltung in der DDR unterliegen, untersagt ist, wenn sie zum Schaden der DDR verwendet wird?

Zweiter Problemkreis: Inwieweit wurde in der westdeutschen DDR-Forschung Rücksicht darauf genommen, daß man einreisen konnte. Das ist ein richtiges Problem gewesen und gehörte zu den Rahmenbedingungen.

Sie haben das eben im Grunde auch noch einmal dargestellt, und haben gesagt, na gut, die Deutschen haben es ja trotzdem ganz gut gehabt. Sie waren in ihrem Westsystem und im Ostsystem jeweils die Besten; ergo unter den gegebenen Umständen sollen wir uns abfinden – nach Auschwitz. In dieser Konstellation und Zuspitzung gehörten Sie im Sommer 1989, wenn ich das richtig erinnere, zu denjenigen Wissenschaftlern, die ausdrücklich auf die Zweistaatlichkeit noch einmal Wert legten, und ich erinnere mich an ein Interview in der IG-Metallzeitung Metall, in dem Sie meinten, der DDR fehlt nicht Kapital, sondern Demokratie. Demokratie war vollkommen richtig, aber die Position, warum der DDR kein Kapital fehlt, diese Feststellung habe ich damals nicht begriffen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Also, ich hätte auch große Lust, mich in die Debatte um die DDR-Forschung einzumischen. Mir scheint es auch so, daß das Urteil, was hier im Laufe der letzten zwei, drei Stunden herüberkam, doch einseitig zu positiv ist. Wenn ich höre, daß Sie praktisch aus der wirtschafts-wissenschaftlichen Sicht betonen, daß Sie eh alles im Blick und im Griff gehabt haben, dann gebe ich die folgende Frage zurück: Was haben wir denn eigentlich heute noch zu erforschen über die DDR-Wirtschaft? Also, ich glaube das nicht, und wir haben ja nicht nur in der DDR-Forschung, bei den Wirtschaftswissenschaftlern, sondern auch bei den Politologen, bei den Sozialwissen-

schaftlern, bei den Historikern ähnliche und wahrscheinlich viel erhitztere Debatten.

Ein Hauptvorwurf, der m.E. vollkommen zu Recht gemacht wird, geht ja nicht in die Richtung, daß man sagt, Ihr habt da eine Zahl nicht richtig gehabt, oder Ihr habt uns eine Information nicht richtig mitgeteilt, sondern es geht darum, daß ganz bestimmte Fragestellungen und ganz bestimmte Gebiete von vornherein völlig ausgeklammert worden sind. Darin liegt doch das Versagen der DDR-Forschung! Staatssicherheit, Opposition und Widerstand und andere Stichworte wurden nicht mehr thematisiert. Zugegebenermaßen mag das bei Ihrer Beschäftigung mit dem Thema nicht so eine Rolle gespielt haben, aber natürlich haben die gesellschaftlichen Randbedingungen eine Rolle gespielt, und in den 80er und in den 70er Jahren galt die DDR in der westdeutschen DDR-Forschung im main stream nicht mehr als Diktatur. Dies ist doch eine Tatsache, die man unbedingt herausstellen muß.

Der zweite Punkt richtet sich an Herrn Artzt. Ich habe Ihren Vortrag mit großer innerer Spannung und auch Vergnügen gehört, möchte jedoch in einem Punkt widersprechen. Ich stimme nicht ganz mit Ihnen darüber überein, daß diese drei oder vier Wünsche, die die Ostdeutschen zu Weihnachten 1989 hatten, daß das tatsächlich diese Wünsche waren, aber ich verstehe einerseits, daß Sie damit sozusagen ein Bild vorgeben wollten.

Meine Frage lautet: Inwieweit spielten Wirtschaftsfragen zur DDR eine Rolle oder welchen Stellenwert hatte die DDR-Wirtschaft in der Opposition vor 1989? Gab es da Diskussionen, oder gab es auch Arbeitskreise?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Kowalczuk könnten Sie bitte noch präzisieren, welchen Podiumsfachmann Sie als Ihre erste Frage betreffend angesprochen haben.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich hatte eigentlich Herrn Buck und Frau Cornelsen angesprochen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Das wäre gut zu wissen. Dankeschön. Der letzte Fragesteller bin ich. Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Artzt, sie ist sehr kurz, Sie haben in Ihren Ausführungen den Begriff neoliberal verwendet. Könnten Sie dafür eine kurze wissenschaftliche Definition geben? Das Wort hat Herr Professor Schneider.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Herrn Wilke darf ich antworten, daß m.E. die DDR-Forschung eine Diagnose betrieben hatte. Wenn man die ganzen Unterlagen, auch die der gesamtdeutschen Ministerien hier verfolgt, und was herausgegeben worden ist, dann stellt man fest, daß seit Beginn der 60er Jahre eigentlich ein Verfall der DDR-Forschung stattfand, der eigentlich 1970 abgeschlossen wurde. Anfang der 70er Jahre trat ein absoluter Verfall der DDR-Forschung ein: Mit dem Handbuch der DDR-Forschung von Peter Christian Lutz war ein Buch auf dem Markt, das beispielsweise im Bereich der politischen Ökonomie ausschließlich Bücher aus der DDR heranzog. Das wäre das

beste Buch für die DDR selbst gewesen. Das war für mich ein absoluter Verfall der DDR-Forschung.

Das zweite, was Sie ansprechen, ist, daß die Forschung über die DDR retrospektiv eigentlich immer eine Diagnose gegeben hat, auch viele Sachen sehr scharf gesehen hat, daß sie aber keine Theorie des Transformationsprozesses aus einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft hervorgebracht hat. Das war von Anfang an nicht der Fall. Warum nicht? Sehr wahrscheinlich war man in der Generation, der Gleitze, Eucken usw. angehörten, der Ansicht, das wäre so etwas wie die Kriegswirtschaft im Nationalsozialismus und zwar war ja da die Marktwirtschaft eingefroren. Wir haben eine marktlose gelenkte Wirtschaft eingefroren. Die ist wieder liquidiert worden, also eine eingefrorene Wirtschaft nach 1948 mit der Währungs- und Wirtschaftsreform in Richtung Marktwirtschaft und das ist ja gut gegangen. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß die Institutionen im Nationalsozialismus nicht zerstört wurden. Es gab Finanzämter etc. und genau das hat man m.E. in der DDR alles übersehen. In der DDR waren die Institutionen zerstört, es gab keine Finanzämter usw. Die Bundesregierung hat dann sehr schnell gehandelt, hat Partnerschaften usw. gebildet und das war m.E. eine große Sache. Dieser Aspekt wurde in der Forschung nicht gesehen. Für eine Theorie des Transformationsprozesses hätte die Forschung auch dauernd parat stehen müssen, und das kann man eigentlich von einer Forschung nicht erwarten. Die Wiedervereinigung ist ja auch unerwartet gekommen. Also man muß das vielleicht in größerem Zusammenhang sehen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich kann nur bestätigen, daß Sie mich richtig zitiert haben. Das Thema in den 70er und 80er Jahren war: Wie ist die Wirtschaftslage der DDR als Hintergrund für operative Möglichkeiten in Verhandlungen mit der DDR zu beurteilen? Es stand nicht mehr der Zusammenbruch des Systems auf der Tagesordnung. Deshalb ist auch, wenn ich da noch gleich anknüpfen darf, niemand nach 1982, als die CDU wieder an die Regierung kam, auf die Idee gekommen, den Forschungsbeirat neu zu etablieren. Ich habe immer darauf gewartet, aber das ist nicht geschehen. Das hatte einen ganz einfachen Grund, das konnte man politisch nicht machen, wenn man gleichzeitig mit der DDR verhandelte. Man kann nicht mit einem Staat verhandeln und gleichzeitig ein Institut unterhalten, das über deren Abschaffung nachdenkt. Das geht einfach nicht. Das muß man bei realistischer Betrachtung sehen.

Noch ein Wort zur Bundesbank. Die Bundesbank war durchaus an der DDR interessiert. Die Bundesbank war sehr an der Verschuldung der DDR interessiert, und deswegen hat sie also ganz gut auch über die wirtschaftlichen Hintergründe Bescheid gewußt. Nur war das bis zu Herrn Schlesinger vielleicht nicht empor gestiegen oder er hat sich 1990 im Eifer der Geschäfte nicht mehr daran erinnert. Informiert war die Bundesbank, und sie war auch interessiert. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Frau Dr. Cornelsen bitte.

Dr. Doris Cornelsen: Herr Wilke, Sie haben die Frage gestellt, warum wir munter durch die Geschäfte im Osten gefahren sind. Sie haben da einen ziemlich empfindlichen Punkt angesprochen. Wir hatten das so organisiert und fanden es auch nützlich, daß wir wirklich einmal vor Ort etwas sehen konnten und uns informieren konnten. Aber ich habe es mit Unbehagen gesehen, und wir haben deshalb auch mehrere Vorkehrungen getroffen:

Erstens mußte nur jemand recherchieren, der es auch machen wollte und nicht jemand der Angst hatte. Zweitens hatten wir Blanco-Reiseanträge bei uns im Sekretariat für den Fall liegen, daß mal jemand nicht wiedergekommen wäre. Es war uns durchaus bewußt, daß auch das Sammeln allgemein zugänglicher Tatbestände den Spionagetatbestand erfüllte. Drittens hatten wir immer gute Bekannte in der Ständigen Vertretung, die dann, wenn jemand von uns das Material nicht in der Handtasche nach Hause tragen wollte, uns die Sachen abnahmen. Wir haben auch immer, was manchmal sogar zu Irritationen geführt hat, geschrieben, wir hätten die Informationen aus der Preisstatistik und irgendwelchen sonstigen Quellen entnommen. Wir haben nie geschrieben, daß da sieben Leute tagelang umhergelaufen sind, um Informationen zu sammeln. Im Gegenteil, wir versuchten, dies so dezent wie möglich zu machen. Aber Sie haben mit Ihrer Einschätzung Recht, daß es etwas riskant war. Ich bin übrigens auch deshalb selber mitgelaufen, weil ich das, was ich meinen Kollegen zumutete, auch erleben wollte. Es war eine unangenehme Geschichte, und wir haben alle ein ungutes Gefühl gehabt, aber wir hatten Gott sei Dank Glück.

An Ihren Artikel aus dem Sommer 1989, den Sie erwähnten, kann ich mich nicht erinnern, aber ich muß Ihnen etwas sagen. Im Sommer 1989 habe ich vermutlich genauso gedacht, daß die DDR, natürlich Geld braucht, aber ich ging davon aus, daß die DDR in erster Linie eine andere Gesellschaft benötigte. Daß die DDR so dringend Geld benötigte, habe ich übrigens damals nicht vermutet. Herr Volze hat ja auch betont, daß die Schwierigkeiten beim Außenhandel nicht das Ausmaß erreichten, daß man in Katastrophenstimmung verfallen mußte. Ich hatte auch nie den Eindruck, daß die Ersparnis so groß war, daß die DDR voller Verzweiflung auf die Katastrophe warten mußte.

Aus westlichen Vorstellungen ist man etwas ganz anderes gewöhnt. Wenn heute sämtliche Leute in der Bundesrepublik ihre Sparkonten liquidieren würden und in die Geschäfte stürzen, wäre das Ergebnis ja hier auch ein bißchen verblüffend, und drüben rechnete man dauernd, daß die Angebotslücken und das freie Spargeld zu etwas Schlimmen führen würden. Also das habe ich nie geglaubt, ich dachte die sind ein bißchen altmodisch in ihren Einschätzungen. Ich habe wirklich gemeint, sie brauchen im Moment Demokratie dringender, daß ich das aber auch geschrieben habe, das weiß ich nicht mehr.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Danke. Herr Dr. Artzt bitte.

Dr. Matthias Artzt: Herr Ortleb, ich fange mit dem letzten Punkt an. Mit neoliberal habe ich die Form der Privatisierung aus der Anfangsphase des Einigungsprozesses bezeichnet, wo die Treuhand die Marktkräfte voll entfalten ließ, und es zu keiner Sanierung der Betriebe kam. Erst später wurde der Beschluß zur Sanierung von Betrieben – Sie kennen die Diskussion um die industriellen Kerne – gefaßt, und in dem Sinne meine ich, daß der reine neoklassische Weg hier verlassen wurde.

Nun zu Herrn Kowalczuk. Ich habe mit den vier Wünschen natürlich nur die materiellen Wünsche angesprochen. Die anderen Wünsche wie Pressefreiheit, Redefreiheit, Wahlen u. a., die waren ja zum großen Teil, und das war ja auch das Erstaunen der Opposition, schon im Oktober/November spätestens nach der Maueröffnung erfüllt.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Wenn ich einmal kurz dazu etwas sagen kann, ich habe das schon begriffen, das steht ja auch ausdrücklich da, die materiellen Wünsche. Nur diese im Prinzip drei materiellen Wünsche, das sind ja alles Wünsche, die man sozusagen auf einen Schlag erfüllen konnte. Daraus ließe sich die Schlußfolgerung ableiten, daß, wenn diese Wünsche erfüllt worden wären, man die Mauer wieder hätte zumachen können und die Menschen dann glücklich gewesen wären. Darum ging es jedoch nicht. Es ging ja sozusagen auch um die Befriedigung der alltäglichen Bedürfnisse, also auch um die tägliche Banane oder was auch immer.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Also eigentlich wollten wir das ja in dieser Form nicht fortsetzen.

Dr. Matthias Artzt: Aber Sie haben dieses Bild schon richtig verstanden. Nun zu Ihrer Frage: Gab es Wirtschaftszirkel seitens der Opposition vor der Wende in der DDR? Meines Wissens, also zu denen ich gehörte, gab es keine reinen Wirtschaftskreise, sondern diese Überlegungen zur DDR-Wirtschaft waren immer mit gesellschaftspolitischen Überlegungen verbunden.

Zweiter Punkt: Die Diskussion ging vor allem davon aus, daß in komplexen Systemen wie Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen Selbstorganisation nur bei Kooperation und bei Freiheit möglich ist. Aus den 10 Punkten, die ich vorgetragen hatte, wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß diese DDR in der Form, wie sie sich entwickelte, auch nach Honecker, also nach 1971 nicht reformierbar war, und wir haben auch überhaupt nicht mehr darüber nachgedacht, wie die DDR zu reformieren ist, sondern einfach darüber, was kommt danach. Bei der Frage, was kommt danach, setzten die Diskussionen an: marktwirtschaftliche Elemente, Fragen nach Grund und Boden, Fragen nach dem Eigentum. Weiterhin ging es um die Frage: Wie kann man die Individuen zu einer eigenen Aktivität anregen, denn das war ja der Hauptmangel der DDR und auch der Hauptgrund, warum sie nicht reformierbar war. Also diese Fragen sind sehr intensiv diskutiert worden und mündeten dann automatisch auch in die Diskussion nach 1989.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Herr Dr. Buck bitte.

Dr. Hannsjörg Buck: Ich möchte auf die Frage von Herrn Kowalczuk antworten. Natürlich hat der Zeitgeist der 70er Jahre auch Einfluß auf die Programmierung von Forschungszielen innerhalb der DDR-Wirtschaftsforschung gehabt. Es ist richtig, daß so manche, aus dem Aspekt heraus, die DDR darf nicht mehr existentiell in Frage gestellt werden und schon gar nicht destabilisiert werden, sich vielleicht in dem, was sie dann für persönliche Forschungsziele ansahen, zurückgenommen haben. Das meine ich auch beobachtet zu haben. Ich kann das von mir selber aus nicht sagen; jemand der 10 Jahre im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands groß geworden ist und um sich herum die Creme der DDR-Wirtschaftsforscher von der ordnungspolitischen Theorie versammelt sah, der konnte sich mit dieser Zeitgeistströmung nicht im Einklang befinden.

Bei mir ist es auch so gewesen, daß ich niemals für eine Tagung in der DDR eine Einreise bewilligt bekommen habe. Ich habe zu einer Tagung, die 1988 in Leipzig stattfinden sollte, in der Handelshochschule, wo es um Fragen der Ost-West Wirtschafts- und Technikkooperation ging, einen Antrag auf Einreise gestellt, der mir zusammen mit einem weiteren westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler verwehrt worden ist. Das war ein klarer Verstoß gegen das Wissenschaftsabkommen, das im September 1987 bei dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik beschlossen worden ist. Mein Fall und der des anderen DDR-Wirtschaftsforschers sollte auch ins Gespräch, in den dafür zuständigen Kommissionen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, gebracht werden.

Es ist tatsächlich so, daß es auch Behinderungen im Hinblick auf die Aufklärungsforschung über die Verhältnisse in der DDR gab. Ich sage hier zum ersten Mal öffentlich, daß Vertreter des Bundesumweltministeriums z. B. zwei Jahre lang erfolgreich sabotiert haben, daß es einen Umweltbericht der Bundesregierung über die Umweltverwüstungen in der DDR gegeben hat. Nach den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vorgeschlagen, sofort auch einen Umweltbericht „Materialien zur Lage der Umwelt in der DDR“ herauszubringen. Zu diesem Zweck stellte es bereits ein Team von Wirtschaftswissenschaftlern, Umweltforschern und anderen zusammen. Eine sehr große interdisziplinäre Wissenschaftstruppe sollte sich diesem Thema widmen. Diese Sabotage dauerte so lange an, bis dann die DDR untergegangen ist. Dieser Umweltbericht ist nie zustande gekommen. Und wenn Sie sich das noch einmal vor Augen führen, dann ist es eben so, daß diese Zeitgeistbeeinflussung sich irgendwo auch bei dem einen oder anderen DDR-Wirtschaftsforscher oder DDR-Forscher breitgemacht hat. Ich bedaure das nur heute.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich danke allen Beteiligten. Ich bitte, meine harte Hand zu entschuldigen, aber so habe ich wenigstens erreicht, daß wir nur eine halbe Stunde überzogen haben. Mit Zustim-

mung des Vorsitzenden wird vorgeschlagen, die Sitzung sofort, ohne Pause fortzusetzen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vielleicht darf ich noch zwei Sätze dazu sagen. Der Kollege Jork hat jetzt mit all seinen Mitstreitern die komplizierte Aufgabe, die halbe Stunde wieder reinzuholen, zumindestens sollte das Ziel vor Augen stehen, daß wir hier um 20.00 Uhr fertig werden. Wir sollten dabei ein bißchen an uns denken und vor allen Dingen an die Zuhörer, die hier nicht als Redner beteiligt sind, sondern 10 Stunden lang zuhören. Aus diesem Grunde sollten wir versuchen um 20.00 Uhr fertig zu werden, in der Hoffnung, daß der eine oder andere von Ihnen morgen wiederkommt.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Darf ich, ehe ich richtig anfange, noch einen Hinweis geben, mein lieber Herr Vorsitzender. Draußen sind Leute, die uns Kaffee und Kuchen anbieten. Sie sind von der Illusion ausgegangen, daß nach dieser Pause wohl Schluß sein könnte. Wenn Sie also noch etwas holen wollen, sollten Sie die Gelegenheit jetzt wahrnehmen.

Ja, ich nehme unseren Vorsitzenden sehr ernst, deshalb bitte ich also, den ehemaligen Volkskammerkollegen Dr. Hielscher als ersten Platz zu nehmen, denn der Herr Vorsitzende hat mir ja eine Vorlage gegeben, die ich benutze. Ich freue mich feststellen zu können, daß wir offensichtlich personell vollständig sind und möchte gleich in Anbetracht der Zeit auch zur Sache kommen. Noch einmal eine Eingangsbemerkung: Ich hatte mir heute früh erlaubt festzustellen, daß der Übergang wohl durch den Quotienten aus dem gewünschten Endzustand und dem Eingangszustand gegeben ist. Und wenn wir das auf die DDR-Wirtschaft und das bisher Diskutierte beziehen, muß ich als Reglungstechniker feststellen, daß das System unvollständig bestimmt und mehrdimensional ist, und daß eine eindeutige Definition dieses Transformationsprozesses bisher überhaupt nicht möglich ist. Es könnte sein, und das wünschen wir uns, daß wir eine Erhellung in der jetzt folgenden Runde bekommen. Ich schlage vor, daß gleich Herr Claßen vom Wirtschaftsministerium beginnt.

Horst Claßen: Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, das Thema, das mir gestellt ist, „Zwischenbilanz des Transformationsprozesses“ impliziert verschiedene Fragestellungen.

Einmal natürlich die Frage: Wie war eigentlich die Ausgangslage 1990, d. h. wo kommt die ehemalige DDR-Wirtschaft überhaupt her? Dann die zweite Frage: Was haben wir in diesen Jahren erreicht? Das ist die Frage nach der Aktivseite der Bilanz. Dritte Frage: Was bleibt zu tun? Welche ungelösten Probleme stehen noch vor uns? Die Frage nach der Passivseite und schließlich: Wie geht es weiter? Das betrifft vor allen Dingen die Frage nach dem künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik.

Ich war leider nicht in der Lage, die Diskussion heute von Anfang an zu verfolgen, ich bitte daher um Entschuldigung, wenn vielleicht einiges, was von mir vorgetragen wird, im Laufe des Tages schon erwähnt worden ist.